Youth International Strike – für revolutionären Internationalismus gegen Krieg und Imperialismus!

von Yorick F., aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 8 Minuten Lesezeit

Die Welt brennt literarisch und metaphorisch: Klimakrise, Krieg, Genozid, immer weiterwachsende Armut. Die Herrschenden senden eine klare Botschaft an die Jugend und Arbeiter:innenklasse: euer Leben ist uns nicht mehr wert als den Profit, den ihr für uns erwirtschaftet. Um die Militärapparate aufzurüsten und Waffen für Genozide zu liefern werden unsere Schulen, Universitäten und Gesundheitssysteme kaputtgespart. Während das Klima auf den kompletten Kollaps zusteuert, werden Maschinen gebaut, welche nichts tun als tausende Menschenleben und Natur und Klima zu zerstören.

Das alles sind keine Zufälle, es sind Ausdrücke des Imperialismus, des höchsten Stadiums des Kapitalismus. In einem Neuaufteilungskampf um weltweite Einflussphären, Bodenschätze und politische Macht stehen sich imperialistische Großmächte wie die USA, und China, aber nicht nur sie, auch Deutschland, Frankreich oder Britannien gegenüber und wollen ihren Platz an der Sonne haben. Die Jugend und die Arbeiter:innenklasse tragen die Kosten davon. Ob in Palästina, Libanon, Sudan, Kongo, Venezuela, Iran, Kuba oder der Ukraine. Ob in maroden Schulen, ob in Zwangsmilitärdiensten und Musterungen. Überall stehen wir einem gemeinsamen Feind gegenüber: den Herrschenden dieses imperialistischen Weltsystems.

Internationale Aufstände…

Angesichts dieser Perspektiven ist es kaum verwunderlich, dass Jugendliche,

in Europa und weltweit, auf die Straße gehen. Ob in Deutschland gegen Wehrpflicht und Militarisierung. Ob in Österreich und Aserbaidschan gegen Hijab-Verbote in Schulen. Ob Aufstände in Frankreich gegen kaputtgesparte Schulen, welche sich nach Belgien ausbreiteten. Ob Massendemonstrationen und Protestcamps gegen Mietenwucher in Spanien und Portugal. Ob Proteste gegen Umweltzerstörung und Korruption in Albanien. Und das sind nur einige Ausdrücke aus den letzten Wochen und Monaten.

Schauen wir ein wenig zurück und über Europa hinaus sehen wir noch mehr: „GenZ – Aufstände“ 2025, die vielmehr Proteste gegen Korruption und miserable Lebensbedingungen waren in u.a. Kenia, Peru, Nepal, Indonesien, Marokko und Madagaskar, die teilweise in der Lage waren Regierungen zu stürzen. Schüler:innenstreiks in Australien für Palästina und gegen Pauline Hansons One Nation. Massenprotesten in Argentinien gegen Milei oder Student:innenproteste gegen Korruption und Umweltzerstörung in Serbien.

Alle diese Proteste und Aufstände zeigen eine Generation an Jugendlichen die ihr bewusstes Leben nichts als Krise gekannt hat: die Finanzkrise 2008 und Ihre Ausläufer:Innen, Corona, Klimakrise, Krieg und Genozid international. All das wird auf unserem Rücken ausgetragen, sich dagegen zu wehren ist nicht nur richtig sondern bitter notwendig!

Ein wichtiges Fundament für diese Protestwellen stellt der internationale Widerstand gegen den Genozid des zionistischen Staates in Palästina dar: Millionen junger Menschen konnten und können tagtäglich verfolgen wie sich ein Genozid, finanziert und unterstützt durch die Regierungen ihrer Staaten abspielt. Die herrschenden Klassen haben sich vor Millionen an jungen Menschen als das entlarvt was sie immer schon waren: Lügner:innen, Unterdrücker:innen, Mörder:innen.

… brauchen internationale Organisierung!

So groß, kraftvoll und notwendig die jeweiligen Proteste jeweils auch waren, sie allein bringen noch keine grundlegende Veränderung. Das heißt nicht, dass es nicht geschafft wurde krasse Erfolge zu erringen. Regierungsstürze in Madagaskar oder Nepal, Blockaden von Waffenlieferungen nach Israel in

Frankreich, Griechenland oder Italien, die Politisierung und Radikalisierung von Jugendlichen weltweit. Das allein reicht jedoch nicht aus um dem Feind dem wir entgegenstehen etwas nachhaltig entgegenzusetzen. Dieser Feind sind unsere jeweiligen herrschenden Klassen und ihr System: der Kapitalismus in seinem höchsten Stadium, dem Imperialismus. Dieser Feind konfrontiert uns zwar täglich direkt, durch Musterungsbriefe, seine Repressionsorgane, oder Kürzungspolitik doch ist v.a. International organisiert. **Für uns lässt das nur einen Schluss zu: wir müssen uns auch International organisieren!**

Der Aufruf zum Jugendstreik am 20.11. ist ein Schritt dafür in die richtige Richtung, es ist notwendig die internationalen Proteste zu vereinen. Wie richtig das ist, zeigt allein wie große Angst die Herrschenden auch hier in Deutschland vor den Protesten in Frankreich haben. In allen Medien kann man hochstilisierte Videos von Plünderungen und Gewalt finden und die Junge Union fordert sogar mit dem Militär auf solche Proteste loszugehen sollten sie sich nach Deutschland ausbreiten. Entscheidend ist dabei, dass es nicht bei einem symbolischen Streiktag bleibt, sondern, dass daraus etwas größeres erwächst: Es braucht eine gemeinsame internationale Bewegung gegen Krieg und Krise!

Dafür muss das Youth Strike Bündnis der Anfang sein, weiter unten führen wir kurz unsere drei zentralen Vorschläge aus wie es mit der Bewegung unmittelbar auf internationaler Ebene weitergehen kann. Doch wie gehen wir hier in Deutschland weiter nach dem 20.11.?

Was heißt es für uns „aus Frankreich zu lernen?“

Die Aufstände in Frankreich zeigen uns, was auch im imperialistischen Zentrum möglich ist, wenn die Jugend die Schnauze voll von der heuchlerischen kapitalistischen Politik ihrer Regierung hat. Wenn auch weniger krass als etwa nach Belgien sind Ausläufer dieser Protestwellen auch in Deutschland angekommen, in diversen Städten wie Berlin, Hamburg, München, Kassel oder Leipzig fanden Blocus (Schulblockaden) statt. Diese

sind ein starkes Zeichen! Es bleibt allerdings notwendig diese in eine breite Bewegung einzubetten, wenn sie nicht bei vereinzelten guten Aktionen verbleiben wollen.

Aktuell schaffen weder die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht noch die Gen-Z Regelt Proteste das wirklich nachhaltig zu tun. Was haben unsere Bewegungen nicht was die Bewegung in Frankreich hat? Oder anders gefragt was sind zentrale Punkte die wir adressieren müssen?

I. Schulterschluss mit der Arbeiter:innenklasse

Auch wenn klar ist, dass die Kampfbereitschaft der deutschen Gewerkschaften und ihre Verbindung zu Jugendprotesten historisch andere als in Frankreich ist – endbindet das uns nicht von der Aufgabe den aktiven Schulterschluss zur Arbeiter:innenklasse und ihren Organisationen zu suchen. Ein wichtiger Hebel dafür sind nicht zuletzt Linkspartei und Solid. Erstere hat eine nicht zu vernachlässigende Verankerung in den DGB-Gewerkschaften, welche sie nutzen sollte, um z.B. in der GEW (Lehrer:innengewerkschaft) dafür zu sorgen, dass Lehrer:innen sich mit den streikenden Schüler:innen solidarisieren, z.B. keine Fehltage eintragen und letztlich gemeinsam mit ihnen auf die Straße gehen und streiken. Denn wenn zugunsten der Militarisierung im Bildungssystem gekürzt wird dann müssen wir zusammenstehen und können so eine größere Kraft zu entfalten, wie in Frankreich wo die Gewerkschaften sich schützend vor die Schulblockaden stellen.

II. Gegen soziale Unterdrückung!

Eine wichtige und oft übersehene Triebkraft der Proteste in Frankreich ist die berechtigte Wut von PoC gegen ihre rassistische Unterdrückung ebenso wie die Wut von jungen Frauen gegen ihre Unterdrückung. Die Bewegung in Frankreich machte dies zum zentralen Thema, Forderungen verknüpfen etwa das rassistische Hijab-Verbot an französischen Schulen und die Kürzungen in Bildung und sozialem Bereich. Das braucht es auch in Deutschland, wo der, alle bürgerlichen Parteien durchziehende, Rechtsruck PoC, Migrant:Innen, Frauen und Queers vor dem Bus wirft um ihre Unterdrückung als spaltenden

Rammbocks für Kürzungs- und Militarisierungpolitik zu verwenden.

III. Blocus überall verankern!

Blocus können ein wichtiger Startpunkt für Verankerung an den Schulen sein, dafür müssen sie auch genutzt werden. Sie müssen genutzt werden Versammlungen abzuhalten und etwa Solidaritätserklärungen abstimmen z.B. in Solidarität mit den französischen Schüler:innen, Aufrufe an die Lehrer:innen ebenfalls zu streiken und Forderungen für besseren Unterricht und Schulgebäude. Sie sollten genutzt werden um Komitees an den Schulen, wo es sie noch nicht in Form der Schulstreikkomitees schon gibt, aufzubauen und längerfristig zu verankern um den Widerstand nicht nur einmal, sondern dauerhaft an die Schulen zu tragen und mehr Schüler:innen in Aktivität zu bringen. Letztlich braucht es auch Schüler:innengewerkschaften, wie in Frankreich.

Perspektive für den Youth International Strike

Als ISL (Internationale Sozialistischen Liga) schlagen wir folgende Punkte für den Weg nach vorne im Youth Strike Bündnis vor, wir laden alle Gruppen und Aktivist:innen dazu ein diese mit uns zu diskutieren und sich unseren Reihen anzuschließen:

I. Bei einem Streik darf es nicht bleiben!

Eine Bewegung gegen die Militarisierung weltweit braucht mehr als einen Streik, es braucht regelmäßige international koordinierte Aktionen, welche zum einen Leute auf die Straße bringen und gleichzeitig auch international und vor Ort, in Schule, Unis und Betrieb feste Strukturen bilden, welche die Bewegung tragen können. Diese Aktionen sollten international koordiniert werden, hierfür braucht es klare, demokratische und transparente Strukturen, in denen sich alle Organisationen des Bündnisses einbringen können und sollten.

II. Konkrete Verbindung mit existierenden Kriegen!

Die Aufrufe zu Solidarität mit Betroffenen von konkreten Kriegen, Genoziden

und anderen von imperialistischer Aggression betroffenen Staaten sind wichtig und richtig. Es braucht aber eine Debatte darüber, wie wir unsere Solidarität praktisch werden lassen können. Uns muss klar sein, dass einer der wichtigsten Schritte dabei sein muss gegen die Imperialistische Bestie in einem ihrer eigenen Herzen, in den imperialistischen Staaten der EU zu kämpfen. Dass kann heißen Widerstand gegen bestehende oder geplante Produktionsstätten und Transportzentren für Rüstungsgüter zu organisieren. Gleichzeitig sollten wir Aktionen wie die Flotilla nach Gaza oder den International Solidarity Convoy to Ukraine unterstützen, auch wenn es sich dabei in erster Linie um humanitäre Projekte halten, müssen wir diese Momente politisch nutzen. Der Blockadeaufruf der Hafenarbeiter:innen am 30. Oktober war dafür ein wichtiger Schritt, jedoch muss sich das ausweiten z.B. für den akademischen Boykott in Unis.

III. Wir brauchen strategische Diskussion!

Das Youth Strike Bündnis besteht aus diversen Organisationen aus unterschiedlichen Ländern, mit verschiedenen Programmen. Uns eint, dass wir der Militarisierung und dem Imperialismus etwas International entgegensetzen wollen. Gleichzeitig haben wir unterschiedliche Vorstellungen, was das konkret heißt und wie wir dahin kommen. Das darf nicht bedeuten, dass wir uns ausschließlich auf die Dinge verständigen in denen relative Einigkeit besteht, es muss gerade auch bedeuten, dass wir kontroverse Punkte ehrlich und solidarisch offen diskutieren können. Wir schlagen hierfür nach dem 20.11. eine Strategiekonferenz des Youth Strike vor um über Strategie, Ausrichtung und Taktik im Aufbau einer schlagkräftigen Bewegung zu diskutieren, nur gemeinsam können wir Aufrüstung und Militarisierung wirksam etwas entgegensetzen. Wir rufen alle Organisationen und Aktivist:innen, die mit diesen Vorschlägen übereinstimmen auf sich unseren Organisationen in allen Ländern anzuschließen, um gemeinsam zu kämpfen für eine revolutionäre Perspektive!

Hoch die Internationale Solidarität!

Warum es immer diesen einen Lehrer gibt und wie wir sexualisierte Gewalt an Schulen bekämpfen!

von der REVO Leitung, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 8 Minuten Lesezeit

Ob der Sportlehrer, der Kommentare über die Körper unserer Mitschülerinnen macht, Herr Müller, der seine Frau für eine Schülerin nach dem Abi verlässt, oder Tim, der seine Freundin auf einer Party vergewaltigt. Fast jeder kann aus der Schulzeit eine Geschichte von sexualisierter Gewalt erzählen, die meisten sogar mehrere. Sowohl Machtmissbrauch von Lehrkräften und Erzieher:innen, sowie übergriffige Dynamiken in jugendlichen Beziehungen prägen den Alltag in unseren Schulen im Kapitalismus. Doch warum ist das so und wie können wir darauf Antworten finden?

Pro Schulklasse sind 1-2 Schüler:innen von sexualisierter Gewalt betroffen. Das hat die unabhängige Kommission des Bundes zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs 2025 herausgefunden. Dabei ist von einer noch größeren Dunkelziffer auszugehen. Entgegen der herrschenden Erzählung ist sexualisierte Gewalt kein Randphänomen, keine Ausnahme – sondern in der Gesellschaft und auch in der Schule der schreckliche Normalzustand.

Dabei wird das Problem totgeschwiegen. Statt ernsthafte Aufklärung und Behandlung dieser Epidemie von Gewalt in unserem Alltag, wird diese, wenn sie bekannt wird, als Einzelfall und Ausnahme verklärt, von der sich lediglich moralisch distanziert wird, anstatt offene Gespräche über Ursachen und

Folgen zu führen. Anstatt Täter und ihre Gewalt als das zu sehen, was sie sind: die logische Konsequenz dieser Gesellschaft und unseres Schulwesens. Dadurch werden Betroffene letztlich nur isoliert, es wird erschwert anzusprechen, wenn Übergriffe passieren oder diese erstmal zu erkennen. Wir werden dazu gebracht, unsere Erfahrungen kleinzureden und müssen mit den Folgen alleine umgehen, da eine Scham aufgebaut wird, darüber zu reden.

Das kommt auch daher, dass die Schule Täter:innen systematisch schützt, statt für Veränderung einzutreten. Bei Übergriffen durch Lehrkräfte wird weggeschaut oder trotz Wissen darüber das Geschehen ignoriert. Man will nicht den Ruf der Schule schaden und bestimmt war der Kommentar von Herr Müller gar nicht so gemeint. Dazu kommt die Ausrede bei Beamt:innen, dass es unmöglich wäre Konsequenzen zu ziehen. Wenn überhaupt wird es totgeschwiegen oder man bekommt Kommentare von (männlichen) Mitschüler:innen, dass man sich das nur ausdenken würde für Aufmerksamkeit. Wenn nicht direkt ein verharmlosender Kommentar kommt, dass man auch mal gerne etwas mit Herr Meyer hätte. Gleichzeitig werden Taten von Mitschüler:innen kleingeredet, sie würden es nicht besser wissen und man soll jetzt doch auch nicht so hart sein. Das ganze zieht sich durch jegliche Strukturen an der Schule: Sei es die Schulleitung, die aktiv wegschaut und alles klein redet, die Lehrer:innenkonferenz, die lieber über unsere Noten reden will oder der Elternrat, der lieber über das Sommerfest redet.

Während offizieller Schutzkonzepte Sicherheit suggerieren, gibt es kaum Konsequenzen, außer die Verantwortung wird mal wieder über sexistische Kleidervorschriften auf Schülerinnen abgewälzt. Trotz jeglicher Distanzierung von sexualisierter Gewalt kreieren sie ein Klima, welches die Gewalt aufrechterhält – sie erschaffen den Normalzustand.

Woher kommt die Gewalt?

Dieser Normalzustand der Angst, Scham und Unterdrückung ist gewollt von den Herrschenden. Das System der sexuellen und patriarchalen Unterdrückung ist eingeschrieben in die kapitalistische

Ausbeutung, welche unser Leben strukturiert. Das Patriarchat, sexualisierte Gewalt und Sexismus sind ein Herrschaftsmechanismus zur Kontrolle und Disziplinierung, besonders von Frauen und queeren Personen. Wir werden dahin erzogen, die Entrechtung und Erniedrigung, die wir in der bürgerlichen Kleinfamilie durch unsere Eltern erleben und das Abwälzen der Care-Arbeit auf Frauen einfach hinzunehmen. Dass die Care-Arbeit von Frauen gemacht werden soll, ist notwendig, um die Arbeitskraft für die Kapitalist:innen zu regenerieren und muss im Privaten passieren, um die Profite der Unternehmen nicht anzugreifen. Dazu kommt, dass in der kapitalistischen Gesellschaft Frauen als "Geburtsmaschinen" funktionieren sollen, damit die Kapitalist:innen wieder neue Arbeiter:innen bekommen, aus welchen sie Profit pressen können. Die sexualisierte Gewalt, die insbesondere geschlechtlich unterdrückte Personen erleben, kommt aus dieser "niederen" Funktion in der Gesellschaft und verstärkt diese zugleich.

Die kapitalistischen Schönheitsideale sorgen dafür, dass vor allem junge Mädchen Ziel sexualisierter Gewalt werden. Alte Männer brüsten sich damit, wenn sie kurz vor der Rente was mit 20 Jährigen haben, Promis daten nie in der gleichen Altersklasse und es ist eine "coole" Geschichte auf dem Schulhof, mit den Schülern aus der Oberstufe auszugehen. Aus der Logik, dass Frauen Kinder bekommen sollen, ergibt sich die besondere Sexualisierung von Jugendlichen, die zu den so hohen Zahlen an sexualisierter Missbrauch in unseren Schulklassen führt. Konsequenzen für Lehrer dürfen das Bild der Schule nicht belasten und kommen nur, wenn es für die Schulleitung nicht anders geht. Wie wir uns selbst ermächtigen und wie wir in unserem Umfeld Missbräuche mitbekommen und verhindern können, sollen wir gar nicht lernen.

Das drückt sich darin aus, dass wir im Sexualkundeunterricht keinen ernsthaften Konsens beigebracht bekommen. Während wir mit Medien, wie Filmen und Büchern konfrontiert werden, welche uns Geschlechterrollen und Erzählungen vermitteln, die übergriffiges Verhalten idealisieren und somit fördern. Das zeigt sich, wenn wir ein Buch wie "Der Vorleser" in Deutsch lesen müssen, welches die Machtdynamiken eines riesigen Altersunterschieds als Liebesgeschichte verkauft – ohne diese ernsthaft

kritisch zu behandeln. Wenn uns weiterhin erzählt wird, dass das Nein von Frauen und Mädchen eine Einladung zur Verhandlung sei und dass man es einfach weiter probieren müsste. Wie wir Konsens geben können, über Sex reden, unsere Bedürfnisse und Grenzen erkennen und kommunizieren können, sei ein Tabu-Thema und nichts für den Unterricht – obwohl es genau da behandelt werden müsste!

Das System der Gewalt manifestiert sich darin, dass wir keine Mitsprache haben und in der Schule entrechtet werden. Weswegen unsere Lehrer:innen mit ihren Taten davon kommen, da der Schulleitung meist der Ruf der Schule wichtiger ist als das Leid, das wir erfahren. Über Sex reden wird tabuisiert, eigene Erfahrungen anzusprechen bedeutet in vielen Fällen mehr Stress, als alles in sich reinzufressen und den Mund zu halten. Dabei müssen wir Aushalten, da wir uns der Schule nicht entziehen können und wenn wir es nicht mehr tragen können und schwänzen, weil es nicht mehr geht, folgen Konsequenzen, die uns all unsere Perspektiven verbauen können. Die Normalisierung von sexualisierter Gewalt ist gewollt und wer sich dagegen auflehnen will, wird Mundtot gemacht.

Es muss nicht so bleiben!

Doch wir müssen diese Zustände nicht hinnehmen, wenn wir uns zusammenschließen, können wir etwas verändern. Dabei wird uns niemand etwas schenken, denn obwohl niemand sich für sexualisierte Gewalt aussprechen wird, profitieren nicht wenige von den Strukturen, welche sie hervorbringt, wie der Entrechtung von uns Schüler:innen, die Unterdrückung von Frauen und Queers und der Sexualisierung weiblicher Körper.

Die oben erwähnte Studie kommt zu dem Entschluss, dass es eine unabhängige Beschwerdestelle braucht. Wir stimmen zu, sagen aber, dass solche Meldestellen unter der demokratischen Kontrolle der Schüler:innenschaft stehen und wähl- und abwählbar sein müssen. Meldestellen können auch nicht nur bei der Aufnahme stehen bleiben. Wenn danach die Informationen nur an die Schulleitung weitergegeben werden, ist nicht viel getan.

Wir brauchen überall eine Antidiskriminierungsstelle, welche direkt handeln kann und Konsequenzen aus Taten zieht. Wir sollten entscheiden können, unsere Lehrer:innen zu beurlauben, versetzen oder zu entlassen, statt auf bürokratische Verfahren zu warten, die häufig zu nichts führen, wenn sie unsere Körper sexualisieren und ihre Macht ausnutzen, für Übergriffe und Missbräuche. Genauso wie gegenüber übergriffigen Mitschüler:innen. Dazu braucht es die Möglichkeit für kostenlose und sofortige psychologische Betreuung, für alle Betroffenen von sexualisierter Gewalt. Doch es reicht nicht erst zu handeln, wenn etwas passiert ist. Sexualisierte Gewalt bekämpfen muss heißen, dafür zu sorgen, dass es gar nicht so weit kommt.

Deswegen braucht es Konsens im Stundenplan, besseren Sexualkundeunterricht und eine breite Aufklärungskampagne an den Schulen. Statt noch einmal zu hören warum die soziale Marktwirtschaft anscheinend unausweichlich sei, sollten wir lieber gemeinsam lernen, wie wir Beziehungen auf Augenhöhe führen, die Grenzen von unseren Partner:innen und Freund:innen wahren und intime Moment schaffen, welche sich für alle schön anfühlen. Doch nicht nur wir Schüler:innen müssen etwas anderes lernen, alle vorherigen Generationen haben ebenfalls sexistische Geschlechterrollen anerzogen bekommen und selten Konsens gelernt – deswegen braucht es Aufklärungsprogramm mit Workshops und Infomaterial in jeder Schule und überall in der Gesellschaft – demokratisch erarbeitet durch Schüler:innen, Lehrer:innen gemeinsam mit Betroffenenverbänden und Gewerkschaften. So können wir ernsthafte Prävention voranbringen.

Um diese Forderungen durchzusetzen, müssen wir uns organisieren, in der Schule und darüber hinaus. Ihr habt wahrscheinlich auch einen sexistischen Lehrer, von dem die meisten wissen. Wenn ihr mit euren Freund:innen und Mitschüler:innen das nächste Mal darüber redet, schlagt ihnen doch vor, euch zusammenzusetzen, eine Gruppe zu bilden und einen Plan zu erstellen, wie ihr gegen ihn und die sexistischen Strukturen der Schule vorgeht. Ihr könnt z.B. mit Wandplakaten darüber aufklären oder Forderungen an die Schulleitung stellen. Für die könnt ihr dann Unterstützung in der gesamten Schüler:innenschaft sammeln, indem ihr

Banner aufhängt oder Unterschriften sammelt. Am besten findet ihr einen Weg, wie ihr Treffen in oder bei der Schule machen könnt, an denen alle Schüler:innen, die wollen, teilnehmen können. Eine Möglichkeit ist, dass ihr ein Zusammenkommen in einer Pause in den Klassenchats ankündigt oder einen Flyer mit den Daten für eine Versammlung verteilt.

In diesen Zeiten wird das Erkämpfen von Forderungen immer schwieriger, aber auch immer dringender! Durch die Krise steigt sexualisierte Gewalt immer weiter an, während Frauen- und TINA* Häusern und Schutzräumen die Gelder gestrichen werden. Wir müssen uns zusammenschließen gegen die Kürzungen und stattdessen einen Ausbau von Strukturen gegen sexualisierte Gewalt erkämpfen. Dazu braucht es Nachbarschaftskomitees, welche helfen Frauen und Queers, die von Gewalt betroffen sind, aus der Isolierung zu holen und gleichzeitig eine Struktur darstellen, welche unseren Widerstand koordinieren.

Wenn wir diesen breit aufbauen und koordinieren, können wir eine Bewegung voranbringen, welche konsequent gegen die Gewalt, welche dieses System hervorbringt, vorgeht und letztendlich dieses angreift und überwinden kann! Lasst uns den Kampf aufnehmen!

Wo bleibt die breite antirassistische Bewegung?

von Robin Ziervena, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 7 Minuten Lesezeit

2026 – Die Lage ist düster

Wenn man sich heute umschaut, grinst einem überall dass hässliche Gesicht des Rassismus entgegen. Dass die AfD in Umfragen und in manchen

Landtagswahlen stärkste Kraft ist, mag das offensichtlichste und für manche das beängstigendste Signal sein, dass der Rassismus in Deutschland einen neuen Aufschwung genießt. Aber die AfD ist in vielerlei Hinsicht das Symptom einer langen Entwicklung, gerade POC und migrantische Personen spüren diese Angst schon lange und beobachten un-überrascht wie sie immer mehr zum populären Sündenbock werden. Bekannterweise hat Deutschland schon immer ein Rassismusproblem gehabt, und als Nationalstaat kann es das auch niemals überwinden. Und doch fragt man sich, wo bleibt die breite Antirassistische Bewegung? Wo sind die Tausenden die Anfang 2024 auf die Straße gingen als Correctiv den großen Remigrations-Skandal aufdeckte? So schnell wie sie sich versammelt hatten, schienen sie auch schon wieder zerstreut zu sein.

Ein kleiner Ausblick

Unter Videos von Schulblockaden in Frankreich sieht man regelmäßig Kommentare, die vielen der Jugendlichen absprechen wirklich „französisch“ zu sein. Der Grund: Viele der demonstrierenden Schüler:innen sind nicht weiß und passen somit nicht in die rassistische Vorstellung davon, wie Franzosen und Französinnen aussehen sollten. Die französische Regierung muss die Proteste und Streiks nicht mal selber diskreditieren; Irgendwelche rassistischen Social-Media-Nutzer:Innen machen das schon für sie – ganz umsonst! Der Rassismus ist so antrainiert dass er zum Reflex geworden ist. Anstatt die Forderungen der Jugendlichen zu betrachten und zu erkennen, dass die meisten von uns die gleichen ökonomischen Probleme und Zukunftsängste haben, rümpfen sie die Nase und bleiben in ihrer Abhebung gelähmt.

Und manchmal schlägt die Untätigkeit doch in Handlung um, nicht in Form von Widerstand gegen die Regierung oder die herrschende Klasse, sondern in Form von Gewalt gegen jene rassistisch unterdrückten Mitmenschen. Ein Emmanuel Macron kann die Schüsse in Trappes als den rassistischen Terroranschlag bezeichnen, der sie sind, aber das hält ihn nicht davon ab das Tragen von Abayas in Schulen zu verbieten oder ehemalige französische Kolonien in Afrika zu ermahnen, sie sollten dankbar sein für französische

Militäreinsätze auf ihrem Boden, sie wären sonst heute keine souveränen Nationen. Die französische Jugend durchschaut Macrons leere Gesten und sieht seinen offenen Rassismus.

Aber zurück zu Deutschland. Friedrich Merz ist beim durchschnittlichen Deutschen nicht hauptsächlich wegen seiner rassistischen Politik unbeliebt, es liegt mehr an der ökonomischen Krise die er nicht beheben kann, bzw. Auf dem Rücken der Arbeiter:Innenklasse verwaltet. Die weiße deutsche Mehrheit ist rassistisch genug, dass ihnen egal ist, welche Folgen die Politik der Regierenden für ihre migrantischen Mitmenschen hat. Und die Folgen sind vielfältig: Fast täglich wird auf unseren Straßen die palästinensische Diaspora verprügelt von der Polizei, täglich bangen Familien darum, wie bald sie abgeschoben werden. Wir müssen beobachten, wie sich sogenannte linke Parteien unterwerfen und die rassistische Hetze gegen ihre eigenen Genoss:innen legitimiere, befeuern, oder mittragen. Die Schikane in den Schulen war schon immer unerträglich, egal wie oft sie sich als Institution „mit Courage“ und „ohne Rassismus“ auszeichnen lassen. In München möchte die „Exzellenz-Universität“ LMU nun auch massive Studiengebühren für Studierende von außerhalb der EU erheben.

Die Liste ist unendlich, aber die drei größten Brandherde sind der stetigen Aufstieg der AfD, die militärische Genozid-Unterstützung gekoppelt mit Kriegstreiberei der „Zeitenwende“, sowie die fortschreitende Abschottung im Rahmen der GEAS-Reform. Alle drei hängen zusammen. Der Kampf gegen Zionismus und eine wachsende Antikriegsbewegung haben sich in den letzten Monaten immer wieder die Straßen genommen. Ablehnung gegenüber der AfD ist zwar gesellschaftlich verbreitet aber trotzdem ist der Widerstand gelähmt. Die Bewegung gegen die verschärfte Abschiebepolitik existiert fast nicht, bzw. Wird es nicht geschafft diese Frage mit anderen Bewegung wie die gegen Genozid Unterstützung und Militarisierung konsequent zu verbinden.

Wir verweisen wieder auf Januar 2024 und die Zahnlosigkeit der Bewegung nach den Corrective Recherchen; Warum sorgte das Wort Remigration für so einen breiten gesellschaftlichen Aufschrei, die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, letztlich die praktische Umsetzung davon, aber

nicht? „Alice Weidel isst heimlich Döner“ oder so. Es beschleicht einen die Vermutung, dass „Anti-Rassismus“ für viele deutsche hauptsächlich als Gelegenheit der Selbstinszenierung wahrgenommen wird. Deutschland hätte gerne weiterhin ihre Gastarbeiter:innen, die weniger Lohn, weniger Raum und weniger Respekt verdienen und am besten unsichtbar sind. „Remigration betrifft auch gut integrierte Geflüchtete!“ – Deutschland schiebt auch jetzt schon reihenweise Menschen ab die die Sprache gelernt haben, die arbeiten und Steuern zahlen; ob man nun von Remigration oder Abschiebung spricht ist zunehmend arbiträr. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass wir die rassistischen Narrative von „gut, oder schlecht integrierten“ Migrant:Innen grundlegend ablehnen sollten, so oder so müssen wir gegen jede Abschiebung und für volle Staatsbürger:Innenrechte für alle hier Lebenden kämpfen!

„Die AfD will durch Remigration auch Menschen mit Staatsbürgerschaft abschieben“ Die Regierungen der sogenannten demokratischen Parteien machen die Vorarbeit für die Remigration, sie nennen es einfach „im großen Stil abschieben“. Dafür dass einem staatenlosen Palästinenser die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden kann, herrscht seit Mai 2026 ein Präzedenzfall: Abdallah A., der nahezu sein ganzes Leben in Deutschland verbracht hat. Die Meinungsfreiheit gilt nur solange bis die deutsche Staatsräson in Frage gestellt wird, solidarisiert man sich mit dem palästinensischen Widerstand kann man seit diesem Jahr mit der Staatsbürgerschaft bezahlen. Aus der breiten Bevölkerung kommt keine Reaktion. GEAS führt nun dazu das Abschiebung leichter wird und dass die Einreise so weit wie möglich erschwert werden soll. Die Ausbleibende Bewegung gegen diese Abschiebepolitik liegt auch in der eklatanten politischen Schwäche der vergangenen existierten Bewegungen.

Die GEAS-Reform und der Kampf dagegen

Als erstes ist notwendig festzuhalten, dass die Lage für Geflüchtete bereits vor der GEAS-Reform 2024 katastrophal war. Als Revolutionär:Innen müssen wir gegen jede Abschiebung kämpfen. Umso erschreckender ist die Tatsache, dass Widerstand gegen die Festung Europa damals wie heute keine

Massenbasis hat. Keiner schaut heute nach Ceuta, oder Melilla, genauso wie Moria schon lange vergessen ist.

Die GEAS-Reform ist der neue Gipfel der Entmenschlichung und rassistischen Abschottung. Seit Juni 2026 ist sie in Kraft, für den Großteil der Bevölkerung unbemerkt. Für die Betroffenen hat der Horror kein Ende. Asylanträge werden im Schnelldurchlauf geprüft (und abgelehnt), rechtliche Unterstützung wird geschwächt. Die freie Bewegung von Asylsuchenden wird weiter eingeschränkt bis hin zur Asylverfahrenshaft, mehr Geflüchtete werden an EU-Außengrenzen konzentriert. Die Reform ist absichtlich lang, undurchsichtig und spielt keine Rolle im breiten Diskurs.

Es wird sich zwar punktuell gewehrt und solidarisiert, beispielsweise wird am Münchner Flughafen gegen das neue Abschiebe Terminal demonstriert. Doch nur eine breite Bewegung kann sich den EU Bestrebungen widersetzen und Migrant:Innen schützen. Wenn die Zehntausenden die 2024 auf der Straße standen organisiert wären, und konsequent gegen Rassimus und Abschiebung kämpfen würden wären wir jetzt in einer ganz anderen Situation. Am längsten Hebel sitzen – oder aktuell schlafen – die Gewerkschaften, die sich auf den Konkurrenzkampf zwischen migrantischen Arbeiter:innen und Arbeiter:innen mit deutscher Staatsbürger:innenschaft einlassen, anstatt gemeinsam gegen die rassistischen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen, werden zu oft Migrant:innen für die allgemeine Lohndrückerei Verantwortlich gemacht. Eigentlich ein Verrat an den eigenen Klassengeschwister.

Dabei könnten die Gewerkschaften durch politischen Streik allgemeine Verbesserungen erkämpfen. Sie müssten sich außerdem dem Kampf gegen Abschiebungen anschließen. Die neue Antikriegsbewegung, die Schulstreiks gegen Wehrpflicht müssen die Zusammenhänge zwischen Rassistischer Abschottung und Kriegsvorbereitung gegen „die anderen“ erkennen und das Narrativ der „Gefahr von Außen“ ablehnen. Nur der Kampf als Klasse bietet eine wahre Perspektive. Dafür müssen POC, Geflüchtete, Migrant:innen willkommen sein in der Antikriegsbewegung und im Klassenkampf. Nur durch konsequente Antirassistische Kampagnen, innerhalb der Organistationen der Arbeiter:Innenklasse und Gewerkschaften und auf der

Straße, in den Betrieben, Schulen, Universitäten, haben wir eine Chance der Krise souverän entgegenzutreten.

Eine neue Welle von anti-slavischen Rassismus entsteht seit dem Beginn des Ukrainekriegs. Sowohl gegen ukrainische Geflüchtete, die lange als weniger fremd wahrgenommen wurden als nicht-weiße Geflüchtete, als auch gegen Russ:innen wächst ein breites Misstrauen, ein Gefühl von „Anders-sein“, oder „ein anderes Verhältnis zu Gewalt haben“ dass für einen zukünftigen deutschen Krieg perfekte Voraussetzungen liefert. Flucht ist ein Phänomen dass immer existiert hat, und immer existieren wird, solange es Imperialistische Staatenkonkurrenz und Kriege gibt. Die international vernetzten Rechten wissen das genau, besser als die meisten. Ihnen geht es darum wer Recht auf Würde und Recht auf Leben hat, und wer nicht. Die Vorbereitung für die Abschottung läuft schon lange. Während wir von Sozialismus oder Barbarei sprechen versuchen die Rechten kleine Inseln der Abschottung zu errichten; Sicherheit für mich, Barbarei für alle anderen. Dabei geht es in erster Linie einen besonders ausbeutbaren, besonders entrechtenden Teil der Arbeiter:Innenklasse zu schaffen. Wir dürfen uns der Lähmung des Rassismus nicht unterwerfen und wir dürfen unsere rassistisch unterdrückten Genossinnen nicht in Stich lassen, wir haben keine Zeit zu verlieren.

Interview mit La Zurda: Chancen und Potenziale für die Organisierung der Jugend in Argentinien

von La Zurda (ISL), aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 6-7

Minuten Lesezeit

La Zurda ist unsere Schwesterorganisation in Argentinien und wurde dieses Jahr gegründet. Mit diesem Interview wollen wir sie euch vorstellen!

REVO: Was ist die politische Situation in Argentinien?

La Zurda: Drei Jahre nach dem Machtantritt der extremen Rechten, der auf der tiefen Enttäuschung über das Scheitern des Progressivismus beruhte, befindet sich Milei in einer sehr schwierigen Lage. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Regierung ab, da sich die Lebensbedingungen verschlechtern – gekennzeichnet durch einen starken Rückgang der Arbeiter:inneneinkommen, eine hohe Arbeitslosenquote und Sparmaßnahmen sowie autoritäre und repressive Politik.

Javier Milei hat keine wirtschaftlichen Erfolge vorzuweisen. Aufgrund des Widerstands der Bevölkerung ist es ihm auch nicht gelungen, seinen Plan vollständig umzusetzen. Der Grund, warum er – noch – nicht gestürzt wird, ist die Unterstützung durch die reformistischen Parteien und deren Gewerkschaftsbürokratien, vor allem durch den Peronismus. Sie wollen um jeden Preis verhindern, dass ein Generalstreik oder große Straßenmobilisierungen der Regierung den Garaus machen. Milei wird zudem vom Trumpismus gestützt, der ihm den Zugang zu Krediten über den IWF erleichtert und ihm so eine Rettungsleine bietet.

Inmitten der Krise haben die revolutionäre Linke und ihre führenden Persönlichkeiten in den letzten Monaten in den Wahl- und Beliebtheitsumfragen an Boden gewonnen, begleitet von einer erheblichen und wachsenden Sympathie für unsere Ideen. Diese Anerkennung unserer makellosen Bilanz im Kampf gegen die extreme Rechte steht im Gegensatz zu einer "progressiven" Bewegung, die sich mit Milei gemein macht, nach rechts rückt und ihre Positionen abmildert, um der Bourgeoisie eine Alternative anzubieten, die den Kapitalismus aufrechterhalten kann. Dieses neue Phänomen bietet uns eine riesige Chance, unsere Partei aufzubauen.

Unterdessen findet der Klassenkampf seinen Ausdruck in Kämpfen gegen den Verkauf von Land an ausländisches Kapital und gegen Fabrikschließungen sowie für Lohnerhöhungen für Lehrkräfte, Beschäftigte im öffentlichen Dienst und im öffentlichen Gesundheitswesen. Er kommt auch in den Kämpfen von Menschen mit Behinderung, Rentner:innen, Schüler:innen, Studierenden und anderen Bevölkerungsgruppen zum Ausdruck.

REVO: Warum habt ihr euch dann entschieden La Zurda zu gründen?

La Zurda: Wir haben La Zurda ins Leben gerufen, um die Tausenden junger Schüler:innen und Studierender und Arbeiter:innen zusammenzubringen, die sich zunehmend nach links radikalisieren und landesweit an Kämpfen beteiligen: zur Verteidigung der öffentlichen Bildung, gegen die zunehmende Prekarität unseres Lebens, gegen jede Form der Unterdrückung, in sozialen und ökologischen Kämpfen sowie für aktive Solidarität mit den Kämpfen der Arbeiter:innen und unterdrückten Völker. Wir haben La Zurda gegründet, damit all diese Energie einen eigenen sozialistischen und internationalistischen Raum erhält. Wir wollen, dass diejenigen, die sich uns anschließen, von Anfang an über ein Programm und eine revolutionäre Strategie diskutieren, entscheiden können, was wir tun, und Verantwortung für deren Umsetzung übernehmen. Deshalb ist dieses Projekt mit dem Aufbau der Moviemento Socialista de los Trabajadores (MST) in Argentinien und der Internationalen Sozialistischen Liga (ISL) weltweit verbunden.

REVO: Was ist der Fokus eurer politischen Arbeit und eure feministische Praxis?

La Zurda: Wir organisieren uns hauptsächlich in Bildungseinrichtungen wie Universitäten, pädagogischen Hochschulen und Schulen. Wir beginnen damit, Studierende rund um ihre dringendsten Forderungen zu organisieren, wie zum Beispiel Zugang zu Stipendien und Fördermitteln, Fahrkarten für den Schüler:innen- und Studierendenverkehr, Verbesserungen der Infrastruktur und eine Aufstockung der Mittel, um nur einige zu nennen. Doch dabei bleiben wir nicht stehen: Wir verknüpfen diese Forderungen mit

den politischen Kämpfen gegen die extreme Rechte und für eine politische Alternative der Arbeiter:innenklasse, die alle Probleme lösen kann, mit denen junge Menschen konfrontiert sind, wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse und mangelnder Zugang zu Wohnraum. Wir gehen von konkreten Problemen aus, um das Bewusstsein für deren systemische Ursachen zu schärfen und aufzuzeigen, wie wir sie durch den Klassenkampf überwinden können.

Wir stellen uns vor allem den reformistischen politischen Apparaten entgegen, die vom Staat oder von bürgerlichen Parteien finanziert werden und die Studierenden verraten. Wir stellen uns auch sektiererischen oder rein propagandistischen Strömungen entgegen, die die Notwendigkeit eines pädagogischen Ansatzes nicht verstehen und nicht ernsthaft danach streben, um die Führung bedeutender Teile der Studierendenbewegung zu kämpfen. Die Chance ist riesig, da sowohl die extreme Rechte als auch die reformistische Opposition nacheinander bei der Regierungsführung des Landes versagt haben. Nun stehen sie vor internen Krisen, und Tausende junger Menschen suchen nach einer politischen Alternative, die über sie hinausgeht.

Wir sind sozialistische Feminist:innen und verbinden daher den Kampf der Frauen, für Geschlechtergerechtigkeit und der LGBT-Community mit dem antikapitalistischen Kampf. Wir beteiligen uns aktiv an der feministischen Bewegung und ihren Kämpfen, mit großem Engagement und indem wir unsere Positionen vertreten. Wir organisieren politische Fortbildungen innerhalb unserer Organisation, um uns weiterzubilden und Sexismus zu bekämpfen. Wir lehnen den bürgerlichen Feminismus ab, der Klassenunterschiede leugnet; den radikalen Feminismus, der seinen Aktivismus auf die Ablehnung von Männern ausrichtet; und den identitätsbasierten Feminismus, der die Unterdrückten spaltet, indem er die strukturelle Ursache der Unterdrückung aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht oder Klasse leugnet oder herunterspielt: das kapitalistische System.

REVO: Welchen Rat könnt ihr der Jugend

geben, welche gerade in Deutschland und ganz Europa kämpft?

La Zurda: Wir würden euch sagen, was auch auf uns zutrifft: Nutzt jede Mobilisierung, um eine Organisation aufzubauen, die über diese konkrete Aktion hinaus Bestand hat. Eine Versammlung, die sich wieder trifft, die Koordination zwischen Studierenden und Arbeitenden oder eine gemeinsame Kampagne, an der junge Migrant:innen und im Land geborene junge Menschen beteiligt sind – all das kann die Bewegung stärken, in der wir uns im nächsten Kampf engagieren.

Wir verfolgen alles, was in Europa geschieht, mit großem Interesse und voller Erwartung, insbesondere die jungen Menschen an vorderster Front. Wir halten es für richtig, dafür zu kämpfen, den europäischen Streik am 20. November zu einem ersten Schritt hin zu einer kontinentalen und internationalen Koordination junger Menschen gegen das Kapital, seine Regierungen, seinen Unterdrückungsapparat und seine Bürokratien zu machen. Dies ist die Position, die von den Jugendorganisationen der ISL in Europa vertreten wird und die Teil unseres Internationalen Manifests der ISL-Jugend ist. Wir hoffen, dass die ISL und ihre Jugendorganisationen in ganz Europa und in Deutschland durch die Teilnahme an Mobilisierungen, Streikposten und Streiks stärker werden, indem sie neue Aktivist:innen organisieren.

REVO: Als letztes, was könnt ihr uns über euer Sommercamp erzählen?

La Zurda: Wir wollen dieses intensive Jahr 2026 mit einer Großveranstaltung abrunden, die alle unsere Mitglieder und Unterstützer:innen zu intensiver politischer Bildung zusammenbringt. Natürlich wird es auch Zeit geben, sich kennenzulernen und Kampferfahrungen aus dem ganzen Land und der ganzen Welt auszutauschen. Unser Sommercamp am Jahresende fällt zudem mit dem jährlichen Präsenztreffen der ISL zusammen, das in Buenos Aires stattfinden wird, sodass wir von der Anwesenheit revolutionärer Führer:innen und Aktivist:innen aus allen Kontinenten profitieren können.

Wir sollten das Sommercamp mit neuer Energie beenden, um uns allen politischen Herausforderungen des Jahres 2027 und den Aufgaben des Aufbaus von La Zurda, unserer Partei und der ISL zu stellen.

Wie muss die Jugendorganisation kämpfen?

Von Lia Malinovski, aus der REVOLUTION Zeitung, November *2026*, 7 Minuten Lesezeit

Die Jugend ist meistens der kämpferischste Teil unserer Klasse; sie führt ganze Bewegungen an und wird am Ende trotzdem immer wieder vergessen. Sei es bei den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht, sei es der Kampf um bessere Lernbedingungen in Frankreich, der auch zu uns nach Deutschland überschwappt, sei es die Bewegung für ein freies Palästina, seien es die Massenproteste in Serbien oder die Jugend, die in Albanien aufsteht. Die Jugend steht vorne und kämpft, während im Hintergrund Politiker:innen kurz vor der Rente Deals aushandeln, die dem Kapital dienen. Uns vergessen sie scheinbar dabei. Wir wollen als revolutionäre Jugendorganisation eine Stimme der Jugend im Klassenkampf sein. Gleichzeitig ist uns klar, dass die Jugend selbst nicht die Revolution herbeiführen kann, sondern diese Aufgabe der Arbeiter:innenklasse zufällt. Da stellt sich natürlich die Frage, welche Rolle genau wir denn im Klassenkampf einnehmen – und wie wir als Jugendorganisation kämpfen?

Verhältnis zur Partei / Kaderorganisation

Ob sie nun tatsächlich revolutionär ist oder nicht, eine der Hauptfragen der Jugendorganisation ist die zum Verhältnis zur Partei bzw. Kaderorganisation. Auf der einen Seite wissen wir, dass die Jugend nicht das revolutionäre Subjekt ist und vergleichsweise wenig Hebel in Bewegung setzen kann. Wenn

wir streiken stört das zwar den Bildungsbetrieb, die Produktion läuft aber weiter – die Bedeutung unserer Streiks ist vielmehr, dass der Funke zur Arbeiter:innenklasse überschlägt. Auf der anderen Seite stellen wir die Spitze von Bewegungen, streben nach Veränderung und haben weniger zu verlieren.

Die Jugendorganisation hat die Aufgabe, Jugendliche zu organisieren und zu Kämpfer:innen der Klasse zu machen.

Sie muss aber auch ihre eigenen Positionen finden und diskutieren und finanziell und organisatorisch unabhängig sein. Sie muss Fehler machen dürfen, um selbstständig lernen zu können. Sie braucht ihr eigenes Programm für die Jugend, dass die wichtigsten Kämpfe und Veränderungen der aktuellen Periode analysiert und daraus eine revolutionäre Handlungsempfehlung ableitet. Sofern es eine revolutionäre Kaderorganisation gibt, kann die Jugendorganisation auch mit ihr in einen Diskussionsprozess um das Programm oder um Punkte des Programms treten. Politisch sind wir als Jugend nämlich nicht unabhängig von den Kämpfen der Arbeiter:innenklasse und sollten die Perpektive derer (Kader)Organisation auch in unserer Programmatik widerspiegeln. Die Partei hingegen hat dabei die Aufgabe, die Jugend inhaltlich zu überzeugen, ihr Programm zur Grundlage zu nehmen – und nicht sie dazu zwingen, wie das in stalinistischen oder klassischen reformistischen Formationen der Fall ist.

Die organisatorisch unabhängige Jugendorganisation funktioniert so als Lernort des Klassenkampfes. Sie kann eigene Beschlüsse fällen und Positionen finden, die unter Umständen von denen der Partei abweichen. Daraus sollte notwendigerweise eine Diskussion entstehen, aus der wir lernen können und unsere Positionen erneut überprüfen. Gleichzeitig hat die Geschichte immer wieder gezeigt, dass die Jugend häufig progressiver steht als ein großteil der Klasse und besonders im Vergleich zu den reformistischen Parteien. Als die II. Internationale mit ihrer Unterstützung des innerimperialistischen ersten Weltkriegs das Proletariat verriet, haben viele ihrer Jugendorganisationen klare Positionen gegen den Krieg und gegen imperialistische Aggressionen geteilt. Daraus entstanden letzten Endes die Zimmerwalder Linke und irgendwann die III. (kommunistische)

Internationale. Die Jugendorganisation hat also auch eine Korrektivfunktion gegenüber der Partei und muss die Positionen und die Arbeit der Partei regelmäßig überprüfen.

Dieser Punkt ist besonders wichtig, wenn wir uns zum Beispiel das Verhältnis der Linksjugend [’solid] zur Linkspartei anschauen: Während die Mutterpartei es gerade so schafft, den Genozid in Gaza als solchen zu benennen, nach der Wahl in Berlin aber faktisch wieder die reaktionäre IHRA-Antisemitismus-Definition annimmt, stellt sich die Linksjugend deutlich links davon auf und verurteilt den Genozid und die Beihilfe durch die deutsche Regierung und stellt sich hinter die Forderung nach einem befreiten Palästina. Die Mutterpartei reagiert darauf mit finanziellen Drohungen und Ausschlussverfahren. Eine geschlossen agierende Linksjugend, die finanziell und organisatorisch unabhängig von der Partei ist, könnte nicht so einfach eingeschüchtert werden und könnte die Partei zu einer klar linkeren Position drängen.

Die Rolle der Jugend im Klassenkampf

Die Jugend steht an vorderster Front in den meisten Kämpfen unserer Klasse. Seien es die Massenproteste in Frankreich, jene in Serbien oder in Albanien: Wir sind der Teil der Klasse, der den Funken zündet, aus dem das Feuer der Veränderung entfacht wird. Wir erleben täglich in unseren Schulen und Unis und in der Ausbildung die Auswirkungen der Kürzungen und werden als Kanonenfutter an die Front geschickt; der Ausblick in die Zukunft sieht nicht gerade rosig aus. Zeitgleich haben wir weniger Niederlagen erlebt und weniger zu verlieren. Die Jugendorganisation muss diesen Umstand aufgreifen und der Jugend eine Perspektive des Kampfes aufzeigen, sie organisieren und an den Kommunismus heranführen.

Die Phase der Jugend gibt es so nur im Kapitalismus. Während die Kindheit uns zur Teilhabe in der Gesellschaft befähigen soll, werden wir in der Jugend zu fähigen Arbeitskräften ausgebildet. Dabei bleiben wir meistens finanziell abhängig von Familie und Staat und erleben jugendspezifische Unterdrückung. Die Aufgabe der Allgemeinbildung fällt zu großen Teilen dem Staat zu, der die Schule finanziert und das Studium und auch die

Ausbildung bezuschusst. Die Spezifizierung auf bestimmte Fachgebiete liegt dann in der Hand der Kapitalist:innen, überwacht durch den Staat. Der Staat muss also dafür sorgen, dass unsere Bildung den Anforderungen der Arbeit entspricht und dementsprechend finanzieren, ist aber – besonders in Krisenzeiten – auch finanziell daran gebunden die Infrastruktur für die Unternehmen, den Schutz des Staates in Form von Polizei und Militär und die Ausweitung des Einflussgebietes der nationalen Bourgeoisie zu organisieren und zu verbessern. Der bürgerliche Staat kann auch nicht endlos viel Geld besorgen, da weitere Steuern für die Unternehmen die Gewinnmargen verringert werden, die in Krisenzeiten sowieso schon niedrig sind.

Das Bildungssystem ist entsprechend höchst umkämpft; es ist auf der einen Seite notwendig, auf der anderen Seite aber keine gewinnbringende Investition. Marode Schulen, fehlende Lehrkräfte, zu große Klassen, veraltetes und fehlendes Lehrmaterial sind die Folge dieses Widerspruchs. Für die Jugendorganisation muss daher ein besonderes Augenmerk auf der Schule und Uni liegen. Hier bemerken wir als Jugend die Widersprüche des Kapitalismus und unser objektives Interesse, den Kapitalismus zu überwinden. Forderungen wie Kontrolle über die Lehrpläne, durch Schüler:innen kontrollierte Antidiskriminierungsstellen, Demokratisierung der Schulen, Kontrolle über die Finanzen des Staates durch die Gewerkschaften und Arbeiter:innenbewegung sollten hier auf der Tagesordnung stehen. Genauso müssen wir für den Aufbau einer Schüler:innengewerkschaft kämpfen, die mit der Gewerkschaft für Lehrkräfte eng zusammenarbeitet.

Wie erkämpfen wir die Zukunft?

Die Jugendorganisation muss die Jugend also dort organisieren, wo sie sich täglich aufhält: In der Schule, in der Uni und im Ausbildungsbetrieb. Sie muss für den Aufbau von Aktionskomitees an jeder Schule einstehen, die die Probleme der Schüler:innen in der eigenen Schule aufgreift und bekämpft und diesen Kampf mit dem Kampf gegen die Aufrüstung, Kürzungen und die Angriffe auf unsere Klasse verbindet. Das beinhaltet regelmäßige Treffen und

lokale Aktivität, Vollversammlungen um Forderungen abzustimmen und die brennenden Fragen der Schüler:innen, wie auch der Jugend allgemein zu diskutieren, Zubringer zu den Schulstreiks, Schulhofkundgebungen, eigene Blockadeaktionen an der Schule oder gar Schulbesetzungen zu organisieren. Wir bauen Strukturen auf, die den Kampf der Revolution in die Schule trägt.

Auch in der Ausbildung gibt es möglichkeiten zur Organisation. Sei es im Rahmen der Berufsschule, wo wir Aktionskomitees aufbauen sollten, sei es im innerbetrieblichen Rahmen über die Jugend- und Auszubildendenvertretung und die Gewerkschaftsjugend. Anders als in der Schule sind die Repressionen für kommunistische Aktivität im Betrieb jedoch wesentlich weitreichender und können die eigene Existenz bedrohen. Daher muss dieses Feld zwingend gemeinsam mit der Kaderorganisation zusammen bespielt werden. Im Betrieb ist es auch noch bedeutsamer, die Probleme der Jugend mit jenen der „erwachsenen“ Kolleg:innen zu verbinden. Fehlt es an Ausbildungspersonal, dann fehlt es auch an Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung für alle Kolleg:innen. Ist das Ausbildungsgehalt zu niedrig, ist das bei den Kolleg:innen nicht anders. Fehlen Arbeitsmittel und Pausenmöglichkeiten, sind die Arbeitszeiten die reinste Katastrophe? Dann gilt das genauso für die Auszubildenden, wie für alle Kolleg:innen. Die Jugend hat die Aufgabe, die verknöcherte Bürokratie der Gewerkschaften und Betriebsräte aufzumischen, eigene Akzente zu setzen und den Kampf für eine kommunistische Gewerkschaftsfraktion aktiv voranzutreiben. Die Jugendorganisation muss den Kampf der Jugend mit dem Kampf der gesamten Arbeiter:innenklasse zusammenbringen, die Stimme der Jugend sein und gleichzeitig alle Anstrengungen darauf richten, den Aufbau der kommunistischen Partei aktiv zu unterstützen und die Kämpfer:innen für die proletarische Revolution und den Kommunismus herauszubilden!

Grundlagen des Marxismus: Der revolutionäre Internationalismus auf fünf Ebenen!

von Simon Says, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 6 Minuten Lesezeit

1. Der Kapitalismus ist ein Weltsystem

Spätestens ab dem Ende das 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts ist es klar, der Kapitalismus ist in seinem höchstem Stadium, dem Imperialismus angekommen. Markt, Finanzen, Logistik und Produktion sind weltweit verflochten. Die Welt ist vollständig unter Imperialistischen Mächten aufgeteilt, welche die übrigen Staaten sog. Halbkolonien (Staaten, welche zwar formale politische Freiheit haben, aber ökonomisch und politisch weiterhin abhängig sind) dominieren.

Kapitalistische Staaten, allen voran die Imperialistischen Mächte, konkurrieren dabei um Einflusssphären, Handelsrouten und Arbeitskräfte, letztlich wer wen wie ausbeuten darf, diese Spannungen entladen sich regelmäßig in katastrophaler Weise durch Kriege, etwa die beiden Weltkriege, oder auch aktuell der Krieg um die Ukraine.

Die Ursachen von Krise, Krieg, Unterdrückung und Armut sind unbestreitbar global, also kann eine revolutionäre Antwort, im nationalen Rahmen, in einem Staat niemals genügen.

2. Permanente Revolution

Aus der Analyse folgt eine Frage: Wie kann eine Revolution aussehen, wenn die Welt ein System ist und sie international sein muss? Darauf gab u.a. Trotzki eine Antwort in drei Teilen.

I. **Zusammenwachsen der Aufgaben in unterentwickelten**

Die Frage um Demokratie, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und eigenständiger Entwicklung kann die Kapitalistenklasse dort nicht mehr lösen. Entweder ist sie schlicht zu schwach sich gegen die Imperialisten durchzusetzen oder wurde bereits zu ihren Verbündeten. Diese Aufgabe können bloß noch die Arbeiter:innen lösen, meist gestützt auf die oft noch sehr große Bauernschaft. Doch wenn sie dort stehen bleibt werden sie perspektivisch dahin zurückfallen wo sie davor schon standen und ihre Chance auf eine sozialistische Revolution verspielen. Diese kann bloß im selben Zuge geschehen.

II. **Es gibt kein Sozialismus in einem Land**
Ein sozialistischer Staat bleibt abhängig vom kapitalistischen Weltmarkt und unter Druck von imperialistischen Mächten. Selbstständig zum Sozialismus zu kommen ist so gut wie unmöglich. Wenn die Konterrevolution nicht früher oder später siegen soll ist es nicht anders möglich als die Revolution international auszuweiten. Sozialismus in einem Land ist unmöglich.

III. **Weltrevolution ist ein Prozess**
Niemand sagt, dass das auf einen Tag geschieht oder eine Zwangsläufigkeit. Es ist ein Prozess mit Erfolgen und Rückschlägen, indem die nationalen Kämpfe aufeinander wirken. Er muss auch bewusst als eine Strategie einer kommunistischen Internationale vorangetrieben werden, damit die Revolution nicht mit dem alleinigen Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ aufhört.

3. Internationales Übergangsprogramm

Wenn die Revolution international ist, braucht es auch ein Programm, vom Internationalen Standpunkt. Es braucht eine gemeinsame Analyse der Weltlage, auf deren Basis sich eine internationale langfristige Strategie verfolgen lässt. Die Konkrete Anwendung in den einzelnen Ländern können dann in jeweiligen spezifizierten Aktionsprogrammen ausgearbeitet werden, müssen aber immer vom Standpunkt der Internationalen Arbeiter:Innenklasse ausgehen und ihr Interesse an oberste Stelle stellen.
Wir als REVOLUTION sind überzeugt von Übergangsforderungen als Methode als Basis. Anstatt bloß Minimalforderungen (einfache Reformen) und Maximalforderungen (am Ende brauchts dann doch die Revolution) schlagen wir eine Brücke von Forderungen vor: Sie knüpfen an aktuellen Fragen und Kämpfen an, haben aber das Ziel durch den gemeinsamen Kampf das Bewusstsein der kämpfenden, etwa in gemeinsamen Bewegungen, zu

heben und eine Brücke hin zur Machtfrage schlagen.

4. Die Internationale

Dieses internationale Programm braucht natürlich auch einen Träger. Jemand, der/die es aufstellt, durchsetzt und immerzu auf seine Richtigkeit überprüft. Nationale Parteien, oder Organisationen haben unvermeidlich nur ihre eigene, lokal begrenzte Erfahrung und neigen zu Einseitigkeit und zu starke Anpassung an die lokalen Begebenheiten. Die Internationale muss über den nationalen Sektionen stehen, ihr Aufbau muss langfristig immer das oberste Ziel sein. Es sollte ein internationaler demokratischer Zentralismus herrschen, also maximale Demokratie nach Innen, aber auch maximale Geschlossenheit nach Außen und in der Aktion. Eine reine lose Zusammenarbeit der einzelnen Sektionen wäre ungenügend um eine gemeinsame internationale Strategie geschlossen umzusetzen und sich nicht in scheinbaren Prioritäten in einzelnen Ländern zu verrennen oder sogar widersprüchlich zu handeln. Für den Aufbau einer solchen Internationalen sind wir Teil der Internatioanalen Sozialistischen Liga (ISL) welche sich selbst als Liga für den Aufbau einer solchen, neuen Internationale, und als Umgruppierungsprojekt zur gemeinsamen Schaffung davon sieht.

5. Die Konsequenzen im Handeln

Aus internationalistischer Perspektive aus Analyse, Strategie, Programm und Organisation leitet sich auch immer das Handeln im hier und jetzt ab. Jetzt ein paar Beispiele:

I. **Kriegstaktiken bei verschiedenen Kriegentwickelten**
   a) Z*wischen imperialistischen Mächten:* Revolutionär:innen nehmen einen defätistischen Standpunkt ein. Also sie versuchen auf Beiden Seiten gegen den Kriegskurs zu arbeiten und den Krieg in einen Bürgerkrieg gegen den „eigenen“ Staat umzuwandeln, hin zu einer Revolution. Beispiel: Deutschland gegen Russland im ersten Weltkrieg, die Kommunist:Innen die später die KPD und die dritte Internationale gründen sollten waren gegen die Kriegskredite und für die Niederlage des deutschen Imperialismus.
   b) *Imperialismus gegen Halbkolonie:* Defätismus gegenüber dem

Imperialismus und Verteidigung der Halbkolonie. Das Ziel muss die Niederlage des Imperialismus sein, jedoch ohne seine Eigenständigkeit als Kommunist:innen komplett aufzugeben gegenüber der halbkolonialen Kapitalistenklasse. Beispiel: Angriffe der USA auf Venezuela. Hier kämpft unsere US-Amerikanische Sekiton in den USA für die Niederlage des US-Imperialismus, während unsere venezolanische Sektion Marea Socialista für die Verteidigung Venezuela's gegen die Imperialistischen Aggressionen agieren und gleichzeitig einen politischen Kampf gegen die venezolanische Regierung führen.

c) *Zwischen Halbkolonien:* Revolutionärer defätismus, außer ein Land handelt als Agent des Imperialismus oder verletzt die Selbstbestimmung eines anderen. So etwa beim Krieg zwischen Afghanistan und Pakistan, hier treten unsere Pakistanischen Sektionen the Struggle und Revolutionary Socialist Movement für die Niederlage des Pakistanischen Staates ein, hätten wir Genoss:Innen in Afghanistan würden sie gleichzeitg für die Niederlage des Afghanischen Staates kämpfen.

II. **Nationale Frage**

Das Recht auf nationaler Selbstbestimmung ist für uns ein grundlegendes Demokratisches Recht, wo immer dieses Recht durch eine Nation der anderen verwährt wird, ist es nahezu unmöglich, dass beide nationale Arbeiter:Innenklassen unabhängig davon gemeinsam für ihre Befreiung kämpfen. Das Selbstbestimmungsrecht gilt, bis zur Abtrennung, und Befreiungskämpfe sind erst einmal zu Unterstützen solange die Mehrheit der Bevölkerung dies tut, egal wer sie im Moment anführt. Wichtig ist die Gleichzeitigkeit: bedingungslose, aber kritische Unterstützung bei politischer Unabhängigkeit der Arbeiter:innenklasse (Die antiimperialistische Einheitsfront „getrennt marschieren, vereint schlagen"). Natürlich ist es dabei das Ziel von Sozialist:Innen eine Welt zu schaffen in welcher es keine Nationalstaaten gibt, diese Taktik sehen wir aber als ein Notwendiger Schritt an um Nationalchauvinismus und nationale Unterdrückung zu bekämpfen

III. **Migration und Rassismus**

Spaltung der Klasse nach Herkunft ist ein Mittel zur Untergrabung der Klasseneinheit. Sprich: Klasseneinheit ist nur mit konsequentem Internationalismus erreichbar, im Kampf gegen alle nationalen Privililegien, nationaler Unterdrückung und jedem Auswuchs des Rassismus. Dabei darf auch auf keinen Fall das Kämpfen gegen den Rassismus den auch Revolutionär:innen in sich tragen vernachlässigt werden.

In diesem Sinne: Proletarier:innen aller Länder vereinigt euch!

REVO vor Ort: Schulstreik gegen das Kopftuchverbot

von REVO Österreich, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 4 Minuten Lesezeit

Am 9.10. um 12 Uhr startete der Schulstreik gegen das rassistische Kopftuchverbot.

Bericht der Gartenbauschule: Als wir aus der Schule gingen, wurden wir von Schüler*innen der Bergheidengasse mit einem Banner und Sprüchen in Empfang genommen. Gemeinsam mit der Bergheidengasse, der Graphischen und mittlerweile auch der Schmelz bilden wir die Streikvernetzung Wien West, weshalb wir einen gemeinsamen Block auf der Demo stellen wollten. Wir fuhren gemeinsam in einer Gruppe aus 20-25 Personen zum Platz der Menschenrechte, wobei wir den Weg von der U-Bahn-Station Volkstheater bis zum Treffpunkt zu Fuß gingen und das gemeinsame Banner trugen. Trotz des verhältnismäßig kurzen Weges wurden wir von einigen Passant*innen auf unser Ziel angesprochen. Während der Strecke machten wir unsere Solidarität durch einige prägnante Sprüche klar.

Auch die Rede unseres Revo-Genossen machte darauf aufmerksam, wie heuchlerisch, sexistisch und rassistisch das Kopftuchverbot ist, das sich nur gegen muslimische Mädchen richtet, die ohnehin schon vom Staat unterdrückt werden. Es ist ungerecht, dass diese Gesetze über die Köpfe von jungen Mädchen hinweg beschlossen werden – Kinderschutz schaut anders aus. Kinderschutz sollte demokratisch sein; offensichtlich wurde mit kaum einem Mädchen unter 14 gesprochen, das ein Kopftuch tragen möchte.

Es gab einige Zubringerdemos, die sich vor Schulen gesammelt hatten. Von den Hegelgassen gingen ca. 60 Leute mit zum Streik, von der

Gartenbauschule 10 Schüler*innen. Auch viele, die nicht da waren, sprachen sich solidarisch aus. Die Bildungsdirektion veröffentlichte im Vorhinein einen Brief, der junge Menschen einschüchtern sollte. Sie nannten den Streik explizit als keinen legitimen Grund, um den Unterricht zu verpassen. Obwohl im Schulunterrichtsgesetz eigentlich geregelt ist, dass für Schüler*innen Fehlstunden aus persönlichen Gründen zu entschuldigen sind, stellten sich die Autoritäten dagegen. Der Direktor der Graphischen schrieb beispielsweise am Streiktag in einer E-Mail, der Schulstreik sei illegal und irrelevant für die Graphische, da das Kopftuchverbot die Schüler*innen der Oberstufe nicht betreffe.

Andere Schulen, wie das Gymnasium am Henriettenplatz, nahmen dies als Anlass, um Türen zu blockieren und Schüler*innen in den Schulen einzusperren, was einer Freiheitsberaubung gleichkommt und sicher nicht rechtens ist. Zeitgleich wird immer wieder betont, wie wichtig Kinderrechte sind – aber offensichtlich nur, bis es um Versammlungsfreiheit und das Recht auf politische Mitsprache geht.

Auf der Demo selbst sammelten sich um die 3000 Leute, die allermeisten davon Schüler*innen. Auch solidarische Lehrer*innen waren dabei, die im Rahmen von Schule Brennt und der Initiative „Gemeinsam gegen das Kopftuchverbot“ auch unter Lehrer*innen mobilisiert haben und sich für die Nichtbeachtung des rassistischen und sexistischen Kopftuchverbots einsetzen.

Die kurze Demoroute durch die Innenstadt war laut und kämpferisch.

Am spannendsten waren die Reden von 12- bis 15-Jährigen, die aus eigener Erfahrung gesprochen haben – es ist ihre Entscheidung, was sie tragen wollen. Religionsfreiheit ist jungen Menschen ein großes Anliegen und der Staat hat offensichtlich kein Interesse daran, Minderheitsrechte zu schützen. Gegen die Unterdrückung muslimischer Mädchen innerhalb der Familie müssen sichere Strukturen an der Schule geschaffen werden, in denen sich Schüler*innen an Lehrkräfte wenden können, anstatt Lehrer*innen zu

Polizist*innen werden zu lassen.

Wir haben in Frankreich und Deutschland gesehen, was Schulstreiks bewirken können. In Frankreich wurden erste Forderungen der Protestierenden angenommen, während in Deutschland immer mehr Menschen auf die Straße gehen und sich gegen die immer stärker werdende Militarisierung organisieren. So wie in Deutschland organisieren wir uns auch hier – einige Schulen haben bereits damit angefangen, Schulgruppen zu gründen.

Realistisch gesehen wird ein einziger Streik nicht reichen, um das Gesetz rückgängig zu machen. Unsere Schulstreikbewegung bedeutet Klassenkampf. Wir müssen Seite an Seite mit Arbeiter*innen und Studierenden kämpfen, um gemeinsam das kapitalistische System zu überwinden. Zusammen gegen das Kopftuchverbot an Schulen, gegen die Partnerschaft der Universität Wien mit der Hebrew University in Jerusalem und gegen die rassistische Politik. Geschlossen gegen jeden Rassismus und Genozid!

Wir brauchen organisierte Schulgruppen, die täglich politische Arbeit machen. Wir müssen uns zusammenschließen, um den rassistischen Angriffen der Regierung und der Bildungsdirektion die Stirn zu bieten. Wir müssen uns durch demokratisch gewählte Gremien in Wien vernetzen, um weitere lokale und nationale Aktionen zu planen. Die Jugend ist immer der radikalste Teil einer Gesellschaft, also lasst uns das auch zum Ausdruck bringen! Lasst uns so viele Aktionen machen, dass wir die Bildungsdirektion wegen unserer Beschwerden ins Burnout schicken. Geben wir uns selbst eine Stimme, wenn das schon die dafür vorgesehenen Strukturen wie das Schüler*innenparlament nicht schaffen. Wenn wir erkennen, was wir für eine Macht haben, stehen uns die Wege offen, ein solidarisches und demokratisches Schulsystem zu erkämpfen. Ein Schulsystem, in dem Schüler*innen und Lehrer*innen zusammen entscheiden, was sie lernen wollen und was ihnen tatsächlich etwas für die Zukunft bringt. Ein Schulsystem, in dem nicht nur Studierende an den Unis ein Recht auf eine Vollversammlung haben, sondern auch wir als Schüler*innen. Wo wir selbst entscheiden können, in welcher Welt wir leben wollen.

Wieso wir in der Linksjugend kämpfen!

von Luca Annecke, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 4 Minuten Lesezeit

Die Linksjugend [’solid] ist in den letzten 2 Jahren stark angewachsen, gemeinsam mit der Linkspartei und ist zweifelsfrei die größte, sich als sozialistisch bezeichnende Jugendorganisation in Deutschland. Sie hat sich in den letzten Jahren weiter nach links bewegt und sich mit dem Antrag auf dem Bundeskongress 2025 „Nie wieder zu einem Genozid schweigen“ links von der Linkspartei aufgestellt. Die neuen Mitglieder sind zu großen Teilen dynamischer und linker als der Rest des Jugendverbands und die bisherigen Strukturen reichen nicht aus, um die vielen Neueintritte in für die Bürokratie ungefährliche Bahnen zu lenken.

Als REVOLUTION haben wir diese Entwicklungen nicht nur beobachtet, sondern, wo möglich, auch unterstützt. Dabei durften wir feststellen, dass es innerhalb der Linksjugend eine große Anzahl von Jugendlichen gibt, die sich aufrichtig als revolutionär verstehen, die keinerlei Interesse am Schulterschluss mit der Bourgeoise und ihrem Staat haben und sich selbstlos an jeden Kampf für eine bessere Zukunft beteiligen. Das ist der Stoff, aus dem revolutionäre Geschichten geschrieben sind!

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten nicht fern. Neben den progressiven Kämpfen, den die Genoss:innen geführt haben, müssen wir bilanzieren, dass die Linksjugend als Gesamtorganisation zwar nach Links gegangen ist, aber keineswegs zum Sprachrohr der revolutionären Jugend wurde. Wie auch?! Weder die Sessellehnen Bürokraten der Linkspartei, noch die aufstrebenden Karrieristen innerhalb der Linksjugend haben ein Interesse daran, dass die Linksjugend sich tatsächlich zu einer kämpfenden, proletarischen

Jugendorganisation entwickelt. Genau deshalb werden linke Mitglieder des Bundessprecher:innenrats wenn nötig einfach ausgeschlossen, Beschlüsse der Jugendorganisation übergangen und wenn die Situation sich so ergibt, vor den bürgerlicher Hetze kleinbei gegeben! Für jede progressive Entwicklung in der Linksjugend, beobachteten wir, wie der reformistische Apparat eifrig zurückschlug.

Trotzalledem sind wir weiterhin der Meinung, dass noch nicht alle Hoffnung verloren ist.

In der Linksjugend tummeln sich noch immer etliche Jugendliche, die ehrlich revolutionäre Ansichten vertreten. Deshalb haben wir als REVOLUTION beschlossen, uns den kämpfen in der Linksjugend anzuschließen! Wir haben unlängst ein Aktionsprogramm für die [,solid] veröffentlicht, dass sich an alle Mitglieder der Linskjugend richtet und einen Vorschlag dafür darstellen soll, wie wir als Genoss:innen in der Linksjugend für eine revolutionäre Plattform kämpfen können! Wir haben nicht die Illusion, dass sich durch unsere Mitarbeit und die Arbeit einer solchen revolutionären Fraktion der gesamte Verband in eine genuin revolutionäre Jugendorganisation verwandeln wird, vielmehr müssen wir die aktuelle Lage nutzen, um eine tatsächlich revolutionäre Jugendorganisation aufzubauen!

Das von uns formulierte Aktionsprogramm für eine revolutionäre Linksjugend soll dabei als Basis dienen, auf derer wir gemeinsam mit Genoss:innen für einen revolutionären Schwenk in der Linksjugend kämpfen wollen. Dabei sprechen wir konrete Probleme der Jugend, insbesondere aber auch der [,solid] an und zeigen auf, was unserer Meinung nach eine kämpfende Jugendorganisation sein sollte, und wie wir dahinkommen.

Denn: Wir wissen darum, dass die Linksjugend nicht einfach so ein revolutionäres Programm entwickeln kann, noch das die Linkspartei dies ohne weiteres zulassen würde. Es gehört zum Charakter von reformistischen Organisationen wie Linksjugend und Linkspartei, Debatten zu entstellen, die Basis zu spalten und insbesondere Jugendliche mithilfe verbalradikale Floskeln in eine reformistische Praxis zu zwingen. Der Verbalmarxismus manch einer Führungsperson vermag es noch nicht, die Basis für einen

konsequenten Kampf gegen Kapitalismus und bürgerlichen Staat zu führen. Eine Organisation aufzubauen die in der Lage ist, den Kapitalismus als System ein für alle Mal auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern, bedarf einer gemeinsamen Schule: Die des lebendigen Marxismus, eines daraus abgeleiteten Programms und gemeinsamer Aktion.

Man stelle sich nur mal vor: Die Linksjugend würde über einzelne Ortsgruppen hinaus eine eigenständige Politik in Schulstreikbündnis auftreten. Nicht nur unterstützen, sondern ihre Größe nutzen um Jugendliche unter dem eigenen Banner zu sammeln. Klar zeigen, dass sie eine Perspektive gegen Krieg und Krise darstellen kann und die Opposition in den Schulen, Betrieben und auf der Straße organisiert. Dann könnte man sogar die Linkspartei zwingen, von Staatsräson und Unterstützung von Militärinvestitionen Abstand zu nehmen! Die Linksjugend als unabhängige Organisation der kämpfenden Jugend – grandios!

Dieser Möglichkeit und Aufgabe kommt die Linksjugend aber sicherlich nicht nach, wenn sie sich weiterhin als unfähig herausstellt, eine gemeinsame Strategie zu verfolgen, Gelder vom Staat annimmt und sich damit erpressbar macht oder keinen prinzipiellen Widerstand leistet, wenn die Linkspartei sie aufs übelste diffamiert!

Auch deshalb haben wir das Aktionsprogramm geschrieben. Weil wir denken, dass wir uns nur im Dialog, in der Aktion und im gemeinsamen Kampf mit unseren Genoss:innen in der Linksjugend für Veränderung einsetzen können. Betrachet das Programm als einen Vorschlag, eine zum Handschlag ausgestrekte Hand. Ihr müsst sie nicht ergreifen, aber wir sind neben euch, Genoss:innen, wenn ihr sie annehmen wollt. Gemeinsam mit euch kämpfen wir in und um die Linksjugend. Gemeinsam mit euch schaffen wir die Basis für die sozialistische Revolution.

Wir rufen alle Revolutionär:innen und Internationalist:innen in der Linksjugend dazu auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen, für den Aufbau einer revolutionären Plattform in der Solid und den Aufbau einer konsequenten, revolutionären Jugendorganisation auf Basis eines revolutionären Programms, das die Hauptaufgaben der

aktuellen Periode für die Jugend aufzeigt!

Wie organisier ich eine Vollversammlung?

aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 3 Minuten Lesezeit

Die Politik der Herrschenden trifft uns an unseren Schulen immer härter. Doch wir Schüler:innen wehren uns: ob bei den Protesten in Frankreich gegen das schlechte Schulsystem, den Demonstrationen gegen das Kopftuchverbot in Österreich oder die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht, die Schule wird immer politischer. Wir dürfen diesen Ort, wo wir uns täglich aufhalten, nicht den Rechten überlassen und sollten Organisierung voranbringen. Dabei kann eine Vollversammlung helfen. Das sind Versammlungen von allen Schüler:innen einer Schule, die so gestalten werden kann, wie wir wollen. Das heißt, es ist z.B. möglich, die Mitschüler:innen darüber aufzuklären, was die Wehrpflicht für sie bedeutet oder sich zu organisieren z.B. in einem Streikkomitee, um gemeinsam für ein besseres Schulsystem zu demonstrieren. Doch wie kommen wir zu so einer Vollversammlung?

1. Unsere Schulzeit bestimmen wir selbst!

Die Schulleitung wird in den meisten Fällen nicht erfreut sein, dass wir uns zusammenschließen wollen und selbst organisierte Versa,mmlungen abhalten. Deshalb gilt es, Druck auf die Schulleitung aufzubauen, dass sie so eine Vollversammlung unterstützt. Hierfür kann man Unterschriften für die Vollversammlung sammeln, Banner aufhängen, Reden auf dem Schulhof halten, Infostände machen, mit Kreide die Forderung nach einer Vollversammlung auf den Boden malen oder am besten eine Kombi aus allem. Klar, das schafft man nicht alles allein. Deswegen diskutiert mit euren

Freund:innen, warum wir uns selbst organisieren müssen, und bildet vielleicht sogar ein Aktionskomitee. In den meisten Fällen haben Schüler:innen das Recht, halbjährlich oder einmal im Schuljahr eine solche Vollversammlung abzuhalten. Je nach Bundesland kann es da aber Unterschiede geben, deshalb empfehlen wir euch, selbst noch einmal nachzuschauen.

2. Wir sagen was wir machen und machen was wir sagen.

Wenn die Schule einer Vollversammlung zugestimmt hat, kommt es zur Planung. Hierbei ist wichtig, dass sich jede:r Schüler:in an der Planung beteiligen kann. Einfach damit unsere Mitschüler:innen eigene Gedanken und Probleme reintragen können. Wir wollen nix hinter verschlossenen Türen planen, wie es die Schulleitung tut, wir wollen mit unseren Mitschüler:innen ins Gespräch kommen und gemeinsam entscheiden, wie wir die Vollversammlung gestalten wollen. Dafür sind offene Vorbereitungstreffen in der Schule notwendig, in welchen ihr durch demokratische Entscheidungsprozesse einen gemeinsamen Nenner findet. Besprochen werden sollten einerseits die Mobilisierung für die Vollversammlung sowie der Inhalt und die Gestaltung der Vollversammlung.

3. Die Vollversammlung selbst

Die Vollversammlung sollte lokale Probleme angehen und man sollte über das sprechen, was die Schüler:innen interessiert. Konkret kann man sich zum Beispiel dagegen wehren, dass die Bundeswehr an die Schule kommt, und dabei aufzeigen, wie die sozialen Kürzungen mit der Aufrüstung verbunden sind. Gleichzeitig muss eine Perspektive aufgezeigt werden. Um das zu tun, kann es sinnvoll sein, Leute von außerhalb einzuladen, z.B. um klarzumachen, dass ein Kampf gegen das schlechte Schulsystem auch ein Kampf gegen die Aufrüstung ist.

4. Der Kampf geht los

Eine Vollversammlung darf nicht nur Probleme aufzeigen. Sie muss der Beginn des Kampfes dagegen sein. Denn das Elend anzuerkennen ändert nichts, das müssen wir schon selber tun. Das heißt, nach der Vollversammlung muss klar sein, wie es weitergeht. Das kann sein, die Schule daraufhin zu besetzen oder an einem Schulstreik teilzunehmen. Hierfür kann die Vollversammlung auch direkt als Podium genutzt werden. Zuletzt schafft sie einen Moment der gemeinsamen Entscheidung, indem man z.B. politische Forderungen, welche die Schule umsetzen soll, abstimmt oder sich entschließt, dass alle an einem Streik teilnehmen!

Es liegt nicht am Klima, sondern am Kapitalismus: Die Verweigerung der „Anpassung“ und der hohe Blutzoll, den die Arbeiter:innenklasse zahlt.

Anmerkung der Redaktion: Die großen Hitzewellen des Sommers in Europa sind zwar vorbei, doch Ihre Effekte wirken nach: tausende Todesfälle, unerträgliche Zustände in Arbeit, Uni und Schulen und die erneute Gewissheit, dass „unsere“ Regierungen sich einen Scheiß um uns und unser Wohlergehen kümmern, selbst wenn die Welt buchstäblich brennt. Dazu noch die Perspektive, dass dieser Hitzesommer vielleicht einer der kälteren unseres Zukünftigen Lebens sein dürfte und weiter und weiter unsere Lebensgrundlagen Weltweit vom kapitalistischen Profitstreben bedroht sind. Deshalb veröffentlichen wir hier den Artikel einer Französischen Genossin

unserer Internationalen Strömung, der ISL, welche die Lage der Hitzewelle diesen Sommer in Frankreich beschreibt und eine Perspektive aufwirft wie wir uns als Jugend und Arbeiter:Innenklasse gegen diesen Angriff auf unser aller Lebensgrundlage wehren können.

Von Tamara Madrid (ISL Frankreich)

Das politische Barometer Europas zeigt erneut Werte, die an Barbarei grenzen. Nach wochenlanger Hitzewelle, die Frankreich und Europa in einen nahezu unbewohnbaren Ort verwandelt hat, bröckelt die offizielle Erzählung vom „grünen" Kapitalismus und der technokratischen Regierungsführung angesichts der harten Realität. Die Veröffentlichung des offiziellen Berichts von *„Santé publique France"* am 3. Juli 2026 offenbart ein Szenario eines nicht erklärten sozialen Krieges: In der kritischen Woche vom 22. Juni stiegen die Todesfälle landesweit um 29,1 %, was 2.025 zusätzlichen Todesfällen in nur sieben Tagen entspricht. In der Region Île-de-France (Paris und Umgebung) ist diese Zahl ein deutliches Zeichen für den Zusammenbruch: Die Zahl der Todesfälle schoss um 62,8 % in die Höhe.

Während der Rettungsdienst SAMU von tödlichen Herzstillständen berichtete, bei denen die Körpertemperatur der Opfer unglaubliche fast 44 °C erreichte, veröffentlichte Präsident Emmanuel Macron auf seinem X-Account ein Beispiel für unglaublichen institutionellen Zynismus: *„Face à la canicule, veillons les uns sur les autres"* („Angesichts der Hitzewelle lasst uns aufeinander achten"), gefolgt von kindischen Ratschlägen wie „Trinkt Wasser" oder „sucht euch Abkühlung".

Diese Inszenierung ist nicht bloß eine Unterlassung. Wie Romaric Godin (2026) argumentiert, zielt die Herangehensweise des bürgerlichen Staates an den ökologischen Kollaps darauf ab, die Ursachen zu isolieren, die Schuld auf Einzelpersonen abzuwälzen und eine strukturelle Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine Frage der individuellen Moral oder bloßer technischer Widerstandsfähigkeit zu verwandeln. Doch der Klimawandel ist längst kein Smalltalk Thema mehr in Aufzügen von irgendwelchen Firmen; er ist ein Kampf um Leben und Tod, um die Kontrolle über unser Leben.

Die Falle der „Anpassenden Leugnung“

Die historische Hitzewelle von 2026 – die laut Météo-France die Katastrophe von 2003 sowohl in ihrer Intensität als auch in ihrer Geschwindigkeit übertraf – hat in eine neue ideologische Phase des Kapitalismus geführt: *die adaptive Leugnung*. Niemand scheint mehr zu leugnen, dass der Planet brennt. Politische Meinungsverschiedenheiten drehen sich zunehmend um die Ursachen, den Grad der Dringlichkeit und die notwendigen Maßnahmen – und in diesem Sinne um die Möglichkeit, die globale Erwärmung aufzuhalten. Im Allgemeinen läuft die Debatte in Fernseh-Talkshows auf eine technische, marktbasierte Lösung hinaus, wie etwa die unregulierte Verbreitung von Klimaanlagen und die Installation von Ventilatoren.

Diese Sichtweise nährt die gefährliche Illusion, dass Kapitalist:innen unter extremen ökologischen Bedingungen weiterhin produzieren und Gewinne anhäufen können. Es handelt sich um eine Art programmierten Defätismus. Die Anpassung als zentralen Schwerpunkt zu betrachten, anstatt sie als nachträglichen Notbehelf zu behandeln, läuft auf eine Kapitulation vor dem ökologischen Kollaps hinaus, die die einzig dringende Diskussion vom Tisch wischt: die Eindämmung der durch die kapitalistische Produktionsweise verursachten beschleunigten Zerstörung.

Die Heuchelei ist total. Während die Regierung vorgetäuschte Sorge zeigt, indem sie nach und nach 30.000 Notfall-Klimaanlagen für überlastete und schlecht ausgestattete Krankenhäuser anschafft, kürzt sie hinter den Kulissen den Haushalt. Mitten in einer Hitzewelle hat die Exekutive die GIP Epau aufgelöst, die öffentliche Einrichtung, die gemeinsam mit den Kommunen strategische Forschung zur Anpassung der städtischen Architektur an den Klimawandel finanzierte. Gleichzeitig kürzte sie mehr als ein Drittel *des „Fonds vert*“ (Grüner Fonds), des Instruments, mit dem Kommunen die Beseitigung von Bauwerken auf Brachflächen und die Bepflanzung finanzierten. Beton hat Vorrang, weil er schnelle Grundsteuer- und Immobilienerträge generiert; lebendiger Boden, der die Temperatur reguliert, wird nicht an der Börse gehandelt.

Klassenbedingte Kriminalität: Arbeiter:innen haben keine Anlaufstelle

Diejenigen, die in französischen Wohnungen sterben, sind nicht die Führungskräfte der Pariser Börse, die von zu Hause aus in klimatisierten Büros arbeiten. Die Opfer der Hitzewelle sind Angehörige der Arbeiter:Innenklasse, erwerbstätige Arme, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Frauen in den Innenstädten und ethnische Minderheiten.

Der Bericht von *„Santé publique France“* liefert eine wichtige Statistik, die die Sprecher:Innen der Bourgeoisie herunterzuspielen versuchen: Die Zahl der Todesfälle zu Hause ist innerhalb einer Woche um atemberaubende 91 % in die Höhe geschossen. Dies verdeutlicht die Folgen der schrittweisen Kürzung der Mittel für das Gesundheitswesen, die zu begrenzten Krankenhauskapazitäten geführt hat, und legt die Wohnungskrise offen. Tausende von Arbeiter:Innenfamilien verbringen den Sommer in regelrechten *„passoires thermiques“* (Wohnungen, die aufgrund ihrer miserablen Isolierung wie Saunen wirken). In einer Einzimmerwohnung im Norden von Paris bei 40 °C im Schatten zu leben und dabei exorbitante Mieten an private Vermieter:innen zu zahlen, ist eine Form von sozialer Gewalt!

Doch am unerträglichsten kommt diese Barbarei am Arbeitsplatz zum Ausdruck. Während der ersten Hitzewelle im Mai kam in der Region Drôme ein junger Arbeiter, kaum 19 Jahre alt, durch einen schweren Hitzschlag (Hyperthermie) ums Leben, nachdem er seinen Arbeitstag auf einem Dach in direkter Sonneneinstrahlung verbracht hatte. Sein Boss hatte keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen. Im Bildungswesen stiegen die Temperaturen in den Klassenzimmern auf über 45 Grad; im Gastgewerbe (Bars, Restaurants usw.) waren die Maßnahmen minimal – wie zum Beispiel, den Beschäftigten zu erlauben, auf ihre vollständige Uniform zu verzichten, um „kühler zu bleiben“; in Krankenhäusern waren die Beschäftigten ebenso überfordert wie in den kritischen Momenten der Pandemie; ganz zu schweigen von den prekärsten Branchen, wie zum Beispiel den Lieferdiensten und dem

Baugewerbe, neben vielen anderen. Für Kapital und die Regierung sind wir Arbeiter:innen entbehrliche Produktionseinheiten. Das Gebot, die Gewinnmargen aufrechtzuerhalten, hat Vorrang vor dem grundlegendsten Recht der menschlichen Biologie: nicht innerlich zu kochen, während man seinen Lebensunterhalt verdient.

Unterdrückung und Kriminalisierung sind an der Tagesordnung

In dieser Situation geht die Regierung hart gegen diejenigen vor, die versuchen zu überleben, und kriminalisiert Menschen aus der Arbeiter:innenklasse. Im Arbeiter:innenviertel La Gauthière (Clermont-Ferrand) wurde im Rahmen einer Polizeiaktion das Gebiet abgesperrt, um die Entfernung eines Plastikpools zu erzwingen, den Jugendliche in einer Seitenstraße aufgestellt hatten, um die Kinder des Viertels abzukühlen. Ganz zu schweigen von der Absage der Pride, von „Ivry en Fête“ oder dem Alkoholverbot auf den Straßen während der „Fête de la Musique“ (man musste in einer Bar trinken, ohne Ausnahmen). Die Botschaft ist klar: Zwangsmaßnahmen gegen Einzelpersonen (Alkoholverbot, Verbot, auf die Straße zu gehen, Beschlagnahmung von privaten Pools in der Nachbarschaft) werden eingesetzt, um Armut zu kriminalisieren, während das Immobilienkapital das Viertel zerstört, Geschäftsinhaber Gewinne einstreichen und unser Recht auf Protest eingeschränkt wird. Aber wohlgemerkt: Jede:r muss zur Arbeit gehen.

Jedes Jahr fallen in Frankreich 20.000 Hektar Natur- und Waldflächen der Immobilienspekulation zum Opfer (das entspricht der doppelten Fläche von Paris). Dieser städtische Ökozid wird von der rechts- und rechtsextremen Lobby unter der Führung von Marine Le Pen gedeckt – die Hunderte von Gesetzesänderungen eingebracht hat, um die Ziele der „Netto-Null-Flächeninanspruchnahme“ (ZAN) zu blockieren –, unter der Komplizenschaft und dem Rückzug von Macrons zentristischem Block. Sie betonieren die „Wärmeinseln“ zu, die heute als Todesfallen für Arbeiter:innengemeinden fungieren.

Für ein ökologisches-sozialistisches Programm um uns vor dem Hitze- Tot zu retten!

Es ist klar, dass wir von denen, die Teil des Problems sind, keine Lösungen erwarten können. Der Kampf gegen die Hitzewelle ist der Kampf darum, die Kontrolle über Fabriken, Städte und die Natur aus den Händen des kapitalistischen Marktes zu entreißen. Um auf die unmittelbare Krise zu reagieren und für die Zukunft zu planen, muss sich die Arbeiter:Innenklasse unter einem ökologisch-sozialistischen Programm, aus Übergangsforderungen organisieren:

1. Niemand sollte wegen der Hitze bei der Arbeit sterben! Arbeiter:Innenkontrolle über die Produktion: Wir fordern die verbindliche Einrichtung von Gesundheits- und Sicherheitsausschüssen an allen Arbeitsstätten, die verbindlich von den Arbeiter:innen selbst geleitet werden. Jede:r Arbeiter:In muss das gesetzliche Recht haben, die Produktion zu stoppen oder die Arbeit zu verweigern, wenn die Hitzebelastung sichere Grenzwerte überschreitet, ohne dass ihm/r dadurch Lohnausfälle entstehen. Garantierte Pflichtpausen, verkürzte Arbeitszeiten bei Alarmstufen „Orange“ und „Rot“ sowie uneingeschränkter Zugang zu Trinkwasser und Schatten.
2. Mietstreik gegen unzureichende Wohnverhältnisse: Sofortige Aussetzung der Mietzahlungen für alle Mieter:innen, die in Wohnungen leben, die während der heißesten Monate des Jahres als thermisch unzureichend eingestuft wurden. Vermieter:Innen und große Investmentfonds müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Sanierung und umweltfreundliche Dämmung der Wohnungen zu finanzieren – andernfalls droht die Enteignung.
3. Das Recht auf Abkühlung ist ein Menschenrecht: Bedingungsloser 24-Stunden-Zugang zu öffentlichen, klimatisierten Unterkünften, die mit CO_2-freier Energie betrieben werden, ein Verbot der Wasserabschaltung wegen Nichtzahlung sowie freier Zugang zu Schwimmbädern und Trinkwasserstellen in allen Arbeiter:innenvierteln und die Sanierung von Gewässern für die öffentliche Nutzung unter Aufsicht von Rettungsschwimmer:innen.
4. Notfallplan zur Bekämpfung von Immobilienspekulation: Ein vollständiges Verbot neuer Erschließungsvorhaben. Enteignung spekulativer Bauunternehmen, um ein groß angelegtes nationales Programm zur Renaturierung der Städte auf den Weg zu bringen, finanziert durch Sondersteuern für Ölkonzerne (wie TotalEnergies) und die Superreichen

sowie durch die Streichung des Kriegsbudgets. Wir müssen unnötigen Asphalt aufreißen und städtische Wälder mit hochgewachsenen Bäumen pflanzen, um Arbeiter:Innenviertel zu kühlen.

5. Ökologische Planung angesichts des Klimawandels. Es ist notwendig, auf der Ebene der Infrastrukturstandards eine ökologische Planung umzusetzen, die künftige Wetterschwankungen berücksichtigt (und somit verhindert, dass Straßenbahnschienen mitten in einer Hitzewelle schmelzen), die von Fachkräften unter der Leitung eines wissenschaftlichen Beirats durchgeführt wird.

Die Klimakrise ist bereits da, doch ihr Ausgang wird nicht nur von den Gesetzen der Physik bestimmt, sondern vorallem von den Gesetzen des Klassenkampfs. Der Kapitalismus verbrennt uns bei lebendigem Leib; lasst uns unsere Wut nutzen, um ihn zu zerstören und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der unser Leben mehr wert ist als ihre Profite.

Anmerkung: Dieser Artikel stützt sich auf epidemiologische Daten und Medienberichte aus den Berichten von „Santé publique France“ vom 3. Juli 2026 sowie auf die Recherchen von „Mediapart“ vom Juni 2026.